

Agrarprogramm 2005.

Programm für gesunde Lebensmittel,
innovative Landwirtschaft
und lebendige ländliche Räume.

CDU

CSU 

Agrarprogramm 2005.

**Programm für gesunde Lebensmittel,
innovative Landwirtschaft
und lebendige ländliche Räume.**

Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Die Bilanz nach sieben Jahren rot-grüner Regierung ist besorgniserregend: Die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft nimmt ab. Mehr als fünf Millionen Bürger sind arbeitslos. Aufgrund der wirtschaftsfeindlichen Agrarpolitik und hausgemachter Wettbewerbsnachteile gingen auch in der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft tausende von Arbeitsplätzen verloren. Die Unternehmen ersticken in bürokratischen Auflagen und verzichten auf Investitionen. Der gesamte Zweig der Agrarwirtschaft droht in Lethargie zu versinken, was auch fatale Folgen für den ländlichen Raum hätte.

Angesichts dieser Ausgangssituation brauchen wir einen konsequenten Politikwechsel. Die Land- und Ernährungswirtschaft mit den vor- und nachgelagerten Bereichen muss als wichtiger Wirtschaftsfaktor wieder in den Mittelpunkt der Agrarpolitik und der Politik für den ländlichen Raum gerückt werden. Wirtschaftliches und unternehmerisches Handeln muss Vorfahrt vor ideologischen Fesseln haben.

Die deutsche Agrar- und Lebensmittelproduktion ist umweltschonend und tiergerecht. Die Produkte genügen gesundheitlich betrachtet sowohl qualitativ als auch hinsichtlich der Lebensmittelsicherheit höchsten Ansprüchen und sind dennoch allen Verbrauchergruppen zugänglich. Die deutsche Landwirtschaft und das deutsche Ernährungsgewerbe haben darüber hinaus in der Vergangenheit maßgeblichen Anteil daran, dass der Lebensstandard der Bevölkerung erhalten, in vielen Haushalten sogar deutlich gestiegen ist. Heute werden nur noch 12 % des Haushaltseinkommens für Lebensmittel ausgegeben.

Wie der Versuch, den ökologischen Landbau in Deutschland staatlich zu verordnen zeigt, glaubt Rot-Grün immer noch an die Allmacht des Staates, neigt zur Bevormundung der Bürger und hat deshalb eine strangulierende Bürokratie, Regelungswirrwarr und undurchschaubare Regeln produziert. Die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft kann wie kein anderer Wirtschaftszweig aus eigener Erfahrung berichten, wie lähmend und demotivierend ein Übermaß an Bürokratie und Regulierung im Berufsalltag wirken. Die UNION will deshalb in der Agrar- und Verbraucherschutzpolitik neue Prioritäten setzen. Die UNION macht Schluss mit der Bevormundung der Verbraucher und beendet die bürokratische Gefangenschaft der gesellschaftlichen Leistungsträger.

Die Ansprüche, die an die Landwirtschaft in Deutschland gestellt werden, sind hoch: Ihre Produkte müssen hochwertig und gesundheitlich einwandfrei sein, zugleich aber auch preiswert. Agrar- und Lebensmittelproduktion soll umweltschonend und tiergerecht erfolgen. Außerdem soll die Landwirtschaft die Kulturlandschaft in Deutschland erhalten, dem Tourismus und der Naherholung wichtige Impulse geben und Arbeitsplätze im ländlichen Raum sichern. Von der Land- und Ernährungswirtschaft wird aber auch erwartet, dass sie sich immer stärker dem Wettbewerb auf den Weltmärkten stellt. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Landwirtschaft nach konventionellen oder ökologischen Methoden produziert. Unabhängig von der Produktionsweise gilt: Nur eine moderne und nachhaltige Landwirtschaft ist in der Lage, den diversen gesellschaftlichen Ansprüchen gerecht zu werden und am Markt zu bestehen.

Zu einer ehrlichen Politik gehört es auch zu sagen, dass der Strukturwandel in der Landwirtschaft auch von einer unionsgeführten Bundesregierung nicht unterbrochen werden kann. Umso größer ist die Verantwortung der Politik, diesen Wandel mitzugestalten und Strukturbrüche zu vermeiden. Durch ihr gelebtes gesellschaftliches Engagement in den verschiedensten wirtschaftlichen und sozialen Institutionen, in religiösen oder kulturellen Einrichtungen, beweisen die Menschen in den ländlichen Gebieten ihre Bereitschaft, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Diese Initiativekraft muss genutzt und gestärkt werden, um auch für die kommenden Generationen lebenswerte Bedingungen im ländlichen Raum zu erhalten.

Die UNION sieht es als Kernaufgabe ihres politischen Handelns an den Unternehmern, den freien Handlungsrahmen zurückzugeben, den unsere Leistungsträger brauchen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Insofern sind staatliche Regelungen wieder auf das Maß zurückzunehmen, wie es das Allgemeinwohl zwingend erfordert. Es gilt zukünftig den Gedanken der EU Lissabonstrategie konsequent in die nationale Politik zu übertragen: Arbeitsplätze können nur durch mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit geschaffen werden.

Mit den besten Wünschen



Peter Bleser
Vorsitzender des Bundesfachausschusses
Agrarpolitik und Verbraucherschutz der CDU



Gerda Hasselfeldt
stellvertretende Vorsitzende
der CDU/CSU Bundestagsfraktion

Programm für eine gesunde Ernährung

Das Wissen, wo unsere Lebensmittel herkommen und wie diese hergestellt wurden, ist in unserer Gesellschaft immer weniger verbreitet. Vor allem Kinder und Jugendliche kennen praktische Landwirtschaft nur noch aus Bilder- und Schulbüchern – oft in Form idyllisch-romantischer Schilderungen, die nicht viel mit der Realität zu tun haben. Deshalb ist es heute wichtiger denn je, die Bedeutung und Leistungen der Landwirtschaft für die Gesellschaft und den ländlichen Raum objektiv darzustellen. Eine der wichtigsten Herausforderungen der modernen Landwirtschaft besteht in Zukunft darin, den Verbrauchern zu erklären, was die Landwirtschaft in Deutschland wie und warum macht.

Wir brauchen eine Agrar- und Verbraucherschutzpolitik, die sich nicht an Ideologien und Wunschwelten orientiert, sondern an der Realität.

Zur Realität zählt auch, dass der Preis eines Produktes das mit Abstand wichtigste Entscheidungskriterium beim Lebensmitteleinkauf in Deutschland ist. Der Trend zum Discount im Lebensmittelbereich ist ungebrochen. Auch wenn man die herrschende Einstellung der Konsumenten bedauern mag, muss sich eine verbraucherorientierte Agrarproduktion und -politik nach den Präferenzen der Verbraucher richten. Die Erfahrungen der beiden letzten Legislaturperioden haben deutlich gemacht, dass Versuche das Konsumverhalten politisch zu lenken, zum Scheitern verurteilt sind.

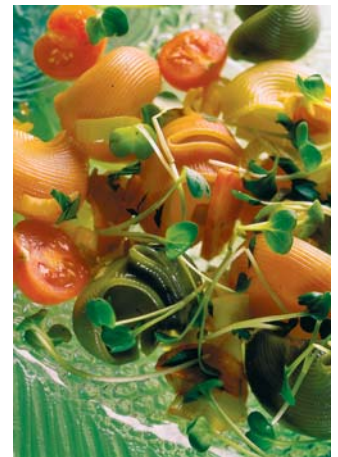
Gleichzeitig ist das gesellschaftliche Interesse an Fragen der Lebensmittelsicherheit in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen. Die Wahrscheinlichkeit einer Gesundheits-

beeinträchtigung durch unerwünschte Stoffe in unseren Lebensmitteln ist nach Auffassung der Experten der Deutschen Gesellschaft für Ernährung sehr gering. Trotzdem ist das Vertrauen in Nahrungsmittel und in die deutsche Lebensmittelkontrolle seit der BSE-Krise noch nicht vollständig wieder hergestellt. Das Vertrauen der Verbraucher kann nur zurück gewonnen werden, wenn Lebensmittel einwandfrei produziert und gesundheitlich unbedenklich sind.

Auf die Sicherheit seiner Lebensmittel hat jeder Verbraucher Anspruch, unabhängig davon, ob er konventionell oder ökologisch produzierte Lebensmittel kauft.

Zwischen 80 und 90 Prozent des Lebensmittelangebotes gelangen in Form verarbeiteter Produkte zum Konsumenten. Landwirtschaft ist damit eng verzahnt mit dem Lebensmitteleinzelhandel, der Ernährungsgroßindustrie und der übrigen Agrarwirtschaft. Die gesamte Produktionskette wird von engagierten Unternehmen mit mehr als 4 Millionen Beschäftigten getragen. Insbesondere für deutsche Nahrungsmittel wird der Absatzerfolg in Zukunft mehr davon abhängen, inwieweit es gelingt, Qualität vom Stall bis zur Ladentheke zu gewährleisten. An die Stelle der Sicherheit des Endproduktes tritt zunehmend das umfassende Qualitätsmanagement innerhalb der gesamten Produktionskette.

Dabei wird die Lebensmittelsicherheit von vielen Akteuren immer noch als eine im Kern staatliche Aufgabe angesehen. Die Überwachung betrieblicher Qualitätsan-





forderung ist keine primäre staatliche Aufgabe. Rein staatliche Kontrollen sind in ihrer Wirkungsweise sogar eher kontraproduktiv, wenn sie Verantwortungen verwischt und die Eigenmotivation der privaten Wirtschaft mindert, die eigenen Qualitätsstandards zu überprüfen und das Qualitätsmanagement zu optimieren. Die Kernkompetenz des Staates besteht darin, die Rahmenbedingungen durch die Formulierung von Mindeststandards und stringenten Sanktionen so zu gestalten, dass ein Optimum an Lebensmittelsicherheit erreicht wird.

Die Globalisierung ist auch für die Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit eine große Herausforderung. Mit Selbstverständlichkeit kaufen wir heute in Asien hergestellte Hähnchenkeulen. Ob bei der Produktion dieser Lebensmittel dieselben hohen Tier-, Umweltschutz- und Hygieneanforderungen gegolten haben und genauso streng kontrolliert wurden wie in Deutschland, ist dem Verbraucher in den meisten Fällen nicht bekannt.

Deshalb ist es im Interesse der deutschen Verbraucher wichtig, dass in internationalen Vereinbarungen Mindeststandards auf möglichst hohem Niveau vereinbart werden.

Da diese internationalen Vereinbarungen den hohen Anforderungen der europäischen Verbraucher an Lebensmittel und Lebensmittelproduktion nur teilweise gerecht werden, bleibt die heimische Produktion der Lebensmittel ein wichtiges Merkmal für hohe Qualität und Sicherheit.

Neben allen Erfolgen der Land- und Ernährungswirtschaft der letzten Jahre, die Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln zu verbessern, wird einer der zentralen Punkte sein, Informationen für Verbraucher so zu gestalten,

dass sie transparent und leicht verständlich sind. Untersuchungen ergeben, dass zurzeit nur etwa 0,01 % der Bevölkerung in der Lage sind, alle Angaben der gesetzlichen Lebensmittelkennzeichnung zu verstehen. Der Großteil der Verbraucher wird durch die Fülle von Angaben auf der Verpackung eher verwirrt als informiert. Damit wird deutlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht, die Verständlichkeit der gesetzlichen Kennzeichnungspflichten zu verbessern und letztendlich auf die Angaben zu reduzieren, die für die Mehrheit der Verbraucher bei der Kaufentscheidung wichtig und erforderlich sind.

Nur durch ein effektives Informationsangebot lässt sich die dringend notwendige echte Wahlfreiheit für den Verbraucher verwirklichen.

Ein weiteres Problem, das unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren zunehmend beschäftigen wird, ist die Fehlernährung. Die negativen Auswirkungen von Über- und Unterernährung betreffen nicht nur jeden Einzelnen, sondern die gesamte Volkswirtschaft. Ein Drittel der Krankheiten, so schätzen Experten, sind durch falsche Ernährungsgewohnheiten bedingt. Die dadurch entstehenden Kosten im Gesundheitswesen sind enorm. Neben einer genetischen Veranlagung hat das soziale Umfeld maßgeblichen Einfluss auf das Ernährungsverhalten. Das erzieherische Engagement der Eltern und eine frühe Aufklärung über die Folgen falscher Ernährung in Kindergarten und Schule sind entscheidende Faktoren, um die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft zu erhalten.

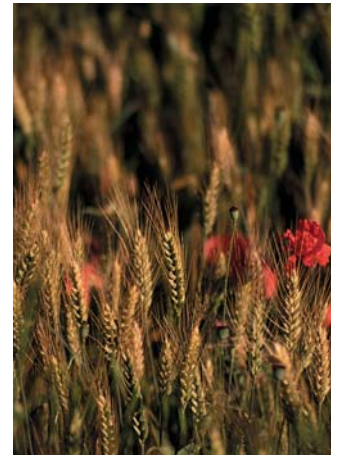
Das Programm für gesunde Ernährung:

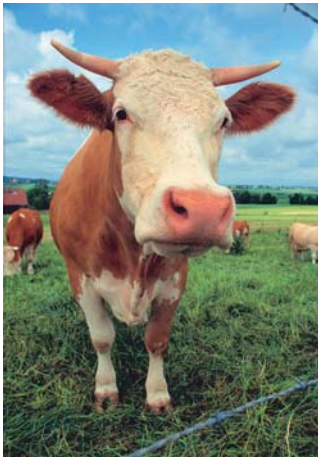
- Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor gesundheitlichen Risiken durch Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs hat höchste politische

Priorität. Integrale Bestandteile eines modernen gesundheitlichen Verbraucherschutzes stellen deshalb neben der Absicherung der Lebensmittelsicherheit, die gleichzeitige Gewährleistung einer hohen Qualität, die Schaffung von Transparenz zu Inhalt und Herkunft der Produkte gegenüber dem Verbraucher, vor allem auch die Aufklärung des Verbrauchers über die heutigen Erzeugungs-, Verarbeitungs-, Vermarktungs- und Handelspraxis dar.

- Um Verantwortlichkeiten nicht zu verwischen und Eigenmotivation zu wahren, muss der Aufbau stufenübergreifende Qualitätssicherungs- und Kontrollsysteme im Kern eigenverantwortlich durch die Agrar- und Ernährungswirtschaft geleistet werden. Die staatlichen Kontrollen sind auf ein Mindestmaß zurückzuführen, die Sanktionen aber deutlich zu verstärken. Dies soll im Interesse der Verbraucher in Partnerschaft mit den Unternehmen geschehen.
- Lebensmittelsicherheit und -qualität dürfen im EU-Binnenmarkt nicht im nationalen Alleingang geregelt werden. Eine Verbesserung ist nur möglich, wenn Deutschland sich dafür einsetzt, dass Produkt- und Prozessstandards auf hohem Niveau international verankert werden und die Einhaltung dieser Standards kontrolliert wird. Dies gilt es im Rahmen der weiteren Verhandlungen der Welthandelsorganisation abzusichern.
- Umfassende, sachliche und verständliche Information ist die Grundvoraussetzung für ein eigenverantwortliches Kauf- und Konsumverhalten. Daher müssen Informationsquellen und die Produktkennzeichnung ausgebaut, vervollständigt und auf ihre Verständlichkeit hin überprüft werden.

- Zur Bekämpfung der Über- und Fehlernährung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, müssen bestehende Initiativen und Aufklärungsinstrumente in Absprache mit den Bundesländern intensiviert und weiterentwickelt werden.





Programm für eine innovative Landwirtschaft

Angesichts der aktuellen Probleme auf dem Arbeitsmarkt muss die wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Ernährungswirtschaft mit den vor- und nachgelagerten Bereichen wieder in den Fokus der Agrarpolitik gerückt werden. Als mittelständisch strukturierter Wirtschaftszweig sichern die Land- und Ernährungswirtschaft sowie die vor- und nachgelagerten Bereiche über 4 Mio. Arbeitsplätze und erbringen rd. 8 % des Bruttoinlandsprodukts.

Unsere Betriebe werden im europäischen Wettbewerb auf Dauer aber nur dann mithalten können, wenn die Politik aufhört, ihnen permanent einseitige Belastungen aufzubürden.

An die Stelle des Misstrauens muss wieder eine verlässliche Partnerschaft von Politik und Landwirtschaft treten.

Die Landwirtschaft gehört zu den dynamischsten Sektoren unserer Volkswirtschaft: Die Produktivität ist allein in den letzten zehn Jahren um fast 100 % je Arbeitskraft gestiegen, doppelt so stark wie im produzierenden Gewerbe. Bei der Festlegung der politischen Rahmenbedingungen für diesen dynamischen Wirtschaftszweig ist es von entscheidender Bedeutung, dass technologischer Fortschritt und eine stärkere Verbraucherorientierung nicht länger als Gegensätze verstanden und dargestellt werden. Computergesteuerte Verfahren des Pflanzenanbaues sind beispielsweise eine wichtige Voraussetzung für die Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Umweltschutz. Moderne Stallbauten ermöglichen ein hohes Maß an Tierschutz, gleichzeitig können die Rohstoffe wesentlich effizienter genutzt und zum Beispiel über Biogasanlagen verwertet werden.

Derartige Investitionen werden aber nur dann getätigt, wenn Landwirte mit verlässlichen Kalkulationsgrößen rechnen können. Die Sorge, dass jede EU-Richtlinie bei ihrer nationalen Umsetzung zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber den französischen oder polnischen Kollegen führt, macht eine langfristige Entwicklungsplanung in der deutschen Landwirtschaft unmöglich.

Es sollte mittlerweile zum politischen Einmaleins zählen, dass Verbraucher-, Tier- oder Umweltschutz in einem gemeinsamen Binnenmarkt grundsätzlich nicht durch nationale Alleingänge geregelt werden können.

Eine moderne und leistungsfähige Land- und Ernährungswirtschaft ist ein starker Partner für die Verbraucher und erfüllt am ehesten den Nachhaltigkeitsgedanken. Die Agrarpolitik der Union wird diesen Sektor auf EU-Ebene wettbewerbsfähiger machen, so dass er auch die Chancen nutzen kann, die sich bei zunehmender Globalisierung der Märkte bieten. Gleichzeitig kann die Landwirtschaft ihre besondere Rolle bei der Erhaltung unserer vielfältigen Kulturlandschaft besser erfüllen. Sie braucht endlich wieder mehr unternehmerische Freiheiten und muss im Glauben an Fortschritt und Zukunft gestärkt werden. Es muss Schluss sein mit der von der rot-grünen Bundesregierung betriebenen Klientelpolitik, die Landwirte und Verbraucher trennt, statt sie zusammenzuführen und die schwer ersetzbare Arbeitsplätze im ländlichen Raum vernichtet. Um diese vielfältigen Aufgaben im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher, der Bäuerinnen und Bauern, die Beschäftigten der Ernährungs- und Agrarwirtschaft sowie der Menschen im ländlichen Raum schlag-

kräftig vertreten zu können, wird es in einer unionsgeführten Bundesregierung wieder verlässliche Ansprechpartner geben.

Das Programm für innovative Landwirtschaft:

- Die wichtigsten Politikentscheidungen für unsere Land- und Ernährungswirtschaft fallen auf internationaler Ebene, vor allem in Brüssel. Deshalb ist es von größter Bedeutung, dass die künftige Bundesregierung dort die deutschen Interessen wieder wirkungsvoll vertritt. Deutschland muss die Entscheidungsprozesse in den internationalen Gremien frühzeitiger und professioneller begleiten. Dabei sind auch die Interessen der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft konsequent zu berücksichtigen, denn nur eine Politik, die für die Wirtschaft verkraftbar ist und den Unternehmen hinreichende Planungssicherheit bietet, wird am Ende ihre Ziele erreichen. Dafür müssen sich die Landwirte auf die bestehende Beschlusslage der Gemeinsamen Agrarpolitik verlassen können.
- Eine grundsätzliche Eins zu Eins-Umsetzung des EU-Rechts in den wettbewerbsrelevanten Bereichen muss künftig die Richtung vorgeben. Nationale Alleingänge führen zu Wettbewerbsverzerrungen, ohne dass dabei im Endeffekt spürbare Verbesserungen des Verbraucherschutzes, des Tierschutzes und des Umweltschutzes erreicht werden. Besonders die landwirtschaftliche Tierhaltung ist durch Sonderwege der deutschen Agrarpolitik im internationalen Wettbewerb in den letzten sieben Jahren massiv benachteiligt worden.
- Wir stehen zum einstimmigen Beschluss der Staats- und Regierungschefs vom Oktober 2002, um damit den Betrieben die notwendige Planungssicherheit zu geben. Bei der Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik werden wir uns für eine stärkere verpflichtende nationale Kofinanzierung der EU-Zahlungen einsetzen.
- Der bürokratische Aufwand auf den Höfen ist in den vergangenen Jahren auf ein unzumutbares Maß gestiegen. Durch eine umfangreiche Überprüfung der staatlichen Vorgaben muss die Bürokratie in der Landwirtschaft auf ein notwendiges und praxisgerechtes Maß zurückgeführt werden.
- Die Schaffung eines einfachen, gerechten und transparenten Steuersystems zählt zu den großen Reformvorhaben einer unionsgeführten Bundesregierung. Hiervon sind auch diverse Sonderregelungen für die Landwirtschaft betroffen. Deshalb wird darauf zu achten sein, dass sich die Reform insgesamt positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors auswirkt. Unter Wettbewerbsaspekten ist tendenziell eine Angleichung wichtiger Steuersätze auf EU-Ebene wie z.B. der Energiesteuern anzustreben.
- Die Sozialsysteme stehen aufgrund des demographischen Wandels vor großen Herausforderungen. Im Bereich der Landwirtschaft wird die Situation durch den beschleunigten Strukturwandel verschärft. Daher müssen die Agrarsozialsysteme, ohne einseitige Sonderbelastungen für die Landwirtschaftsfamilien, in die Gesamtreform der Sozialsysteme einbezogen werden.
- Durch eine breit angelegte Innovationsoffensive sollen die Einkommens- und Beschäftigungspotenziale im land- und forstwirtschaftlichen Sektor konsequent erschlossen werden. Die Agrarforschung muss schlagkräftiger und praxisrelevanter aufgestellt werden, und der Technologietransfer ist zu verbessern. Zukunftsfelder wie zum Beispiel die nachwachsenden Rohstoffe und erneuerbare Energien müssen durch eine Förderpolitik gestärkt werden, die sich mehr als in der Vergangenheit an Effizienzkriterien ausrichtet. Die Anwendung der Grünen Gentechnik darf als eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts nicht län-





- ger verhindert werden. Dabei geht es um die Gewährleistung der Koexistenz und um praxisgerechte Haftungsnormen.
- Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft darf sich auf keinen Fall nur mit der Bedienung regionaler Märkte zufrieden geben, alle Marktchancen im Binnenmarkt, aber vor allem auch auf internationaler Ebene sind zu nutzen. Dazu sind auf allen Handlungsebenen die bisherigen Strukturen und Instrumente zu überprüfen. Gegebenenfalls sind auch neue Wege einzuschlagen. Ziel muss es sein, über eine offensive Exportförderstrategie mehr Wachstum und Wertschöpfung zu erzeugen. Die Öffnung außereuropäischer Märkte für deutsche Agrarprodukte in Märkten außerhalb der EU, vor allem in Ostasien, muss vorangetrieben werden, insbesondere durch den Abschluss entsprechender Veterinär- und Phytosanitärabkommen.
 - Bei der Weiterentwicklung der europäischen Marktordnungen muss der Erhalt- und Ausbau von Wertschöpfungs- und Arbeitsplatzpotenzialen das primäre Ziel der Politik sein. Das setzt voraus, dass die Politikunsicherheit, die bei einigen Marktordnungen nach wie vor sehr hoch ist, abgebaut wird. Die Mitgliedsstaaten der EU müssen sich hier auf überzeugende Langfristziele verständigen und dies im weiteren Verlauf konsequent ansteuern. Die bisherigen Vorschläge der EU-Kommission zur Reform der Zuckermarktordnung werden diesem Prinzip nicht gerecht und müssen weiter verhandelt werden. Im Milchmarkt muss die unternehmerische Entscheidungsfreiheit der Landwirte weiter gestärkt werden. Auf europäischer Ebene muss Angebot und Nachfrage in Einklang gebracht werden und die vorgesehene Quotenerhöhung ausgesetzt werden. Spätestens zur Halbzeitbewertung der Agrarreform gilt es Maßnahmen zur Reform des Milchbereiches zu ergreifen.
 - Die Maßnahmen zur Förderung des ökologischen Landbaus müssen stärker gebündelt werden. Dabei ist stärker als bisher darauf zu achten, dass die Förderpolitik nicht zu einem Preisverfall in diesem Marktsegment führt und ausgerechnet jene Landwirte benachteiligt, die diesen Wirtschaftszweig als Erste erschlossen haben. Vorrangig muss das deutsche Biosiegel im Interesse der Erzeuger so angepasst werden, dass es die im Vergleich zur EU höheren deutschen Standards widerspiegelt.
 - Auch Forstwirtschaft, Wein- und Gartenbau sowie die Fischereiwirtschaft brauchen in der Politik wieder einen verlässlichen Partner. Zielrichtung der Politik ist die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, eine konsequente Entbürokratisierung und die Unterstützung dieser Wirtschaftsbereiche, um wieder neue Marktanteile zu gewinnen.
 - Landwirtschaft ist mehr als nur die Produktion von Lebensmitteln. Sie ist auch Landschaftserhalt, Kulturträger und sozialer Stabilisator. In der Agrarumweltpolitik sollte, wo immer dies möglich ist, das Prinzip des Anreizes Vorrang vor zusätzlichen Auflagen oder kostenintensiven staatlichen Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen haben. Hier gibt es zahlreiche positive Erfahrungen im Vertragsnaturschutz oder bei der Unterstützung von freiwilligen Kooperationen zwischen Unternehmen und Naturschützern. Angesichts der knappen öffentlichen Mittel ist es noch wichtiger geworden, bei der Auswahl der Umweltmaßnahmen Schwerpunkte zu setzen.

Programm für einen lebendigen ländlichen Raum

Damit die ländlichen Räume ihre Funktionen als Lebens-, Wirtschafts-, Natur- und Erholungsräume erfüllen können, bedarf es eines Netzes nachhaltig wirtschaftender landwirtschaftlicher Betriebe genauso wie funktionsfähiger Dörfer und Gemeinden mit Handwerk, Gewerbe und Dienstleistungen und angemessener öffentlicher Infrastruktur. Landwirtschaftliche Unternehmen in ihrer Multifunktionalität brauchen die ländlichen Räume als Wirtschaftsstandort für die Produktion und den Absatz von Nahrungsgütern und Rohstoffen, sowie für die Bereitstellung und Inanspruchnahme von Dienstleistungen. Für den Erhalt der Kulturlandschaft ist die nachhaltige Landbewirtschaftung durch landwirtschaftliche Betriebe gesamtwirtschaftlich gesehen mit Abstand die günstigste, gesellschaftspolitisch betrachtet die sozialverträglichste und auch die wohl ökologischste Variante.

Die wirtschaftliche und soziale Situation und die Entwicklung ländlicher Räume in Deutschland sind höchst unterschiedlich. Auf der einen Seite finden sich ländliche Räume, die mit zu den wachstumsstärksten Gebieten Deutschlands gehören und eine hohe positive Entwicklungsdynamik auch für die Zukunft erkennen lassen. Auf der anderen Seite des Entwicklungsspektrums ländlicher Räume, haben ganze Regionen schon heute große wirtschaftliche und soziale Probleme. Hier besteht die Gefahr, vollständig den Anschluss an die Entwicklung anderer Teilräume in Deutschland und Europa zu verlieren und auf Dauer in die prekäre Situation zu geraten, auf eine große und steigende finanzielle Unterstützung angewiesen zu sein.

Eine einheitliche Politik für alle ländlichen Räume ist angesichts dieser tief greifenden Unterschiede zwischen ländlichen Räumen

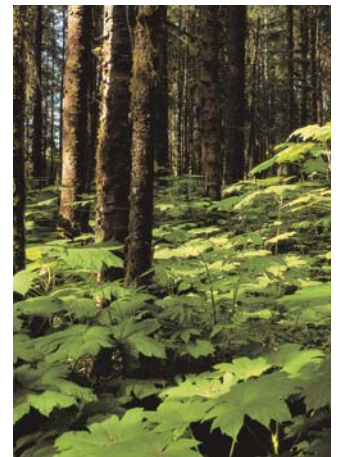
und ihren z. T. gegensätzlichen Entwicklungsprozessen weder möglich noch sinnvoll.

Die ländlichen Gebiete müssen vielmehr in die Lage versetzt werden, die bestehenden Unterschiede zu ihrem Vorteil zu nutzen.

Durch eine klare Profilierung können Einwohner und Investoren gewonnen werden. Durch größere gesetzliche Spielräume sollten die Regionen die Möglichkeit erhalten, Gesetze und Verordnungen an besondere regionale Bedingungen anzupassen.

Die Entwicklungsimpulse müssen dabei aus den jeweiligen Regionen kommen. Die Verantwortung jedes Einzelnen für die individuellen Lebensbedingungen kann nicht auf den Staat übertragen werden. Die Politik hat im Rahmen der allgemeinen Rechtsordnung die Aufgabe, die Menschen, ganz gleich wo immer sie leben, bei der Entfaltung ihrer Potenziale zu unterstützen. Daran haben sich die europäischen, bundes-, landes-, sowie regionalpolitischen Akteure messen zu lassen.

Die Zukunft der Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums gehört noch stärker einer umfassenden, die Sektoren integrierenden Entwicklungspolitik. Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors durch eine Begleitung des Strukturwandels, der Schutz von Umwelt und Landschaft durch die Förderung einer nachhaltigen Landbewirtschaftung sowie der Landschaftspflege, die Verbesserung der Lebensqualität und die Förderung der wirtschaftlichen Diversifizierung in ländlichen Gebieten, wie sie von der EU-Kommission für die Jahre 2007–2013 vorgeschlagen wurden, müssen als wesentliche





Bestandteile der integrierten ländlichen Entwicklungspolitik erhalten bleiben.

Das Programm für lebendige ländliche Räume:

- Wesentliches Ziel der Politik für den ländlichen Raum ist es, die regionale Wirtschaft besser in nationale und internationale Wirtschaftskreisläufe zu integrieren, die Wertschöpfung der lokal produzierten Rohstoffe und Waren z.B. durch die Förderung der regionalen Vermarktung zu erhöhen und damit langfristig Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen Deutschlands zu erhalten und neu zu schaffen. Dafür müssen die Mittel der zweiten Säule verstärkt zur Mobilisierung von Investitionen eingesetzt werden. Die Politik für den ländlichen Raum muss mit eindeutigen politischen Verantwortlichkeiten ausgestattet werden.
 - Der bestehende Instrumentenmix der ländlichen Entwicklungsförderung muss vereinfacht und entbürokratisiert werden. Die Schaffung eines einheitlichen europäischen Finanzierungsfonds für die ländliche Entwicklung ist hierfür ein wichtiger Schritt. Bei der Weiterentwicklung der Politik für die ländlichen Räume in Europa müssen überprüfbare Ziele gewählt werden, die sich an den unterschiedlichen Bedürfnissen der Menschen und der regionalen Wirtschaft vor Ort orientieren.
 - In der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz muss die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und die Gestaltung des Strukturwandels wieder stärker betont werden, damit die Betriebe die großen Herausforderungen des Strukturwandels bewältigen können. Besonders aufmerksam muss die Entwicklung der Landwirtschaft an den benachteiligten Standorten verfolgt werden, denn die Entkopplung der Direktzahlungen und die obligatorische Flächenstilllegung können hier die Agrarproduktion teilweise zum Erliegen bringen. Von großer Bedeutung ist dabei auch, jungen Menschen den Einstieg in die Landwirtschaft durch geeignete Instrumente der Jung-
- landwirte-Förderung zu ermöglichen und Betriebsübergaben nicht zusätzlich zu erschweren.
- Die Entfaltung der Entwicklungspotenziale der ländlichen Räume setzt eine ausreichende Infrastruktur, insbesondere eine gute Verkehrsanbindung, das Vorhandensein von Bildungseinrichtungen, von Angeboten für Familien mit Kindern, Jugendlichen und Senioren sowie Kultur- und Freizeiteinrichtungen voraus. Eine gute Verkehrsanbindung und die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung bleiben wichtige Ziele der ländlichen Entwicklungspolitik. Die Möglichkeiten der modernen Kommunikations- und Informationstechnologie müssen auch für die ländlichen Räume erschlossen werden.
 - Bei der Privatisierung der landwirtschaftlichen Flächen im Besitz der Boden Verwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) müssen grundsätzlich neue Wege beschritten werden. Die gegenwärtige Privatisierungspolitik ist weder agrarstrukturverträglich noch stabilisiert sie den sensiblen Bodenmarkt. Leidtragende sind die pachtenden Betriebe. Liquiditätssengpässe, die auch bei entwicklungsfähigen Betrieben durch notwendige Investitionen zur Sicherung oder Schaffung von Arbeitsplätzen, Anpassungsreaktionen an die EU-Agrarpolitik und den privaten Bodenmarkt entstehen, dürfen durch die Privatisierungspolitik nicht noch verstärkt werden. Hierzu bedarf es einer liquiditätsschonenden Streckung des Privatisierungszeitraumes auf 25 bis 30 Jahre, in denen die pachtenden Betriebe die Flächen zu Verkehrswerten erwerben können.
 - Bei der sich abzeichnenden weiteren Konzentration der öffentlichen Förderung auf „Wachstumsregionen“ darf der ländliche Raum nicht von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung abgehängt werden. Eine Umorientierung der Politik auf wirtschaftliches Wachstum darf nicht fälschlicherweise mit dem Rückzug aus der Fläche verwechselt werden.

Herausgeber

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin | Telefon 030 22070-0 |
Telefax 030 22070-111 | info@cdu.de | www.cdu.de | xx/0705 | Bestell-Nummer: xxxx